

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 39. Ratssitzung vom 27. Februar 2019

937. 2018/47

Weisung vom 01.02.2018:

Tiefbauamt, Papierwerd-Areal, Neugestaltung sowie Erarbeitung eines Nutzungskonzepts, Projektierungskredit, Abschreibung einer Motion

Antrag des Stadtrats

1. Für die Projektierung der Neugestaltung des Papierwerd-Areals einschliesslich der Verlängerung der Unterführungsrampe und der Verlegung des Mühlestegs sowie für die Erarbeitung eines entsprechenden Nutzungskonzepts wird ein Projektierungskredit von Fr. 4 100 000.– bewilligt (Preisbasis 1. April 2017). Die Kosten erhöhen oder vermindern sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisbasis 1. April 2017) und der Ausführung.

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Die Motion, GR Nr. 2013/49, von Guido Trevisan (GLP) und Gian von Planta (GLP) vom 27. Februar 2013 betreffend das Papierwerd-Areal (Globusprovisorium), Neugestaltung zu einem offenen Platz sowie Erarbeitung eines Nutzungskonzepts, wird als erledigt abgeschlossen.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Sven Sobernheim (GLP): *Ausgelöst wurde die Weisung im Februar 2013 durch meine ehemaligen Fraktionskollegen Guido Trevisan (GLP) und Gian von Planta (GLP). Sie reichten damals eine Motion zur Umnutzung des Papierwerd-Areals ein. Sie stellten dabei zwei Grundforderung: Es sollte ein Platz und dessen Nutzungskonzept entstehen. Beide Forderungen waren gleichwertig. In der Debatte stellte die SP einen Textänderungsantrag, sodass mit der Motion neu eine Nutzung nach 2020 und ein Nutzungskonzept verlangt wurde. So wurde die Motion auch überwiesen. 2020 laufen die Mietverträge mehrheitlich aus – unter anderem der des Detailhändlers im Erdgeschoss. Die Weisung zur Motion kam im Oktober 2015 erstmals als Fristverlängerung in den Gemeinderat. Diese Fristverlängerung gewährte der Gemeinderat dem Stadtrat. Er wies in der Debatte allerdings darauf hin, dass die Weisung der Fristverlängerung die unveränderte Motion beinhaltet und die Textänderung der SP missachtet wurde. Im September 2016 wiederholte sich das Szenario mit der Fristverlängerung. Am 1. Februar 2018 legte der Stadtrat dem Gemeinderat die jetzt vorliegende Weisung vor. Diese Weisung verlangt einen Projektierungskredit, um das in der Weisung beschriebene Projekt zu projektieren. Aufgrund der Auslegeordnung wurden in der Vertiefungsstudie drei Varianten geprüft; man könnte entweder die bestehende Rampe stehen lassen, einen Platz auf dem Papierwerd-Areal planen und den Beatenplatz beibehalten. Die zweite Möglichkeit ist die Verkürzung der Rampe bis zum Beatenplatz. Drittens könnte man die Unterführung bis*

vor das Amtshaus oder bis zum Waisenhaus verlängern. Bei allen Varianten sind der freie Platz, eine öffentlich zugängliche Nutzung des ersten Untergeschosses sowie ein Parkhaus Voraussetzung. Der damalige Tiefbauvorsteher bestimmte aus dieser Studie die Variante der Verlängerung bis vor das Amtshaus, die mit dem Kredit weiterentwickelt werden soll. So kann der Platz des Papierwerd-Areals mit dem Beatenplatz verbunden werden. Als ergänzendes Element soll auch der Mühlesteg ersetzt und verbreitert werden, sodass er dem Fuss- und Veloverkehr laut Aussage des Stadtrats besser dienen kann. Für die Projektierung dieser Variante sollen wir deshalb 4,1 Millionen Franken sprechen. Ob ein solches Projekt aber überhaupt entstehen kann, ist unsicher. Der Stadtrat müsste das fertige Projekt mit der Schutzwürdigkeit des Gebäudes vergleichen und dann entscheiden, ob er das öffentliche Interesse des Projekts höher gewichtet als die Schutzwürdigkeit des Gebäudes.

Kommissionsmehrheit Rückweisungsanträge 1–2 und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 2 / Kommissionsreferentin Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 1:

Simone Brander (SP): *Die Rückweisung verlangt, dass die Weisung an den Stadtrat zurückgewiesen wird. Dies mit dem Auftrag, innerhalb von 12 Monaten eine neue Weisung für die Erarbeitung eines umfassenden Berichts mit einer Auslegeordnung über die möglichen Nutzungsvarianten vorzulegen. Für die Auslegeordnung sollen das betroffene Quartier, die Nutzenden der heutigen Örtlichkeiten, Fachkreise sowie weitere Betroffene involviert werden. Es soll zudem als Übergangslösung aufgezeigt werden, wie sich die Nutzung für die Öffentlichkeit kurzfristig verbessern lässt. Mit der vorliegenden Weisung setzte der Stadtrat den Auftrag des Gemeinderats sehr restriktiv um und beantragte dem Gemeinderat nur eine mögliche Variante. Bisher gibt es keine Gesamtschau zur möglichen zukünftigen Nutzung des Papierwerd-Areals. Mit dieser Rückweisung wird der Stadtrat deshalb gebeten, eine umfassende Nutzungsabklärung durchzuführen und diese dem Gemeinderat vorzulegen. Die Beratung in der Kommission zeigte, dass es mit relativ wenig Aufwand möglich ist, die Nutzung des Papierwerd-Areals zu verbessern. Deshalb sollen als kurzfristige Übergangslösung Verbesserungen zum Papierwerd-Areal ausgearbeitet werden.*

Kommisionsminderheit 1 Rückweisungsanträge 1–2:

Christoph Marty (SVP): *Dieser Ort ist die falsche Stelle für einen Platz. Es ist für den Quartierverein und die Quartierbevölkerung eminent wichtig, dass an dieser Lage ein Grossverteiler erhalten bleibt. Es braucht keine weiteren Katakomben, sondern einen Supermarkt, der ebenerdig zugänglich bleibt. Beim Einzug des Coops ins Globusprovisorium war es eine Bedingung, dass ein normales Lebensmittelangebot angeboten wird. Das Geschäft wurde für das Quartier zum wichtigsten Grundversorger. Es profitieren nicht nur Quartierbewohner, sondern auch unzählige Angestellte in den umliegenden Geschäften, Reisende, Touristen und Passanten von der Einkaufsmöglichkeit an dieser Lage. Die Filiale bringt den grössten Umsatz pro Quadratmeter Ladenfläche in der ganzen Schweiz. Der Bedarf eines solchen Geschäfts ist in aller Deutlichkeit bewiesen. Die Vertreter der Coop-Genossenschaft liessen aber auch erkennen, dass das aktuelle Gebäude den Bedürfnissen eines normalen Detailhandelsbetriebs nicht mehr genügt. Das*

Gebäude ist offensichtlich veraltet. Das Provisorium ist abgewirtschaftet und baufällig. Aus technisch-wirtschaftlicher Sicht gibt es nur ein geeignetes Konzept; ein Abbruch und Neubau. Ein Architekt des Bundes Schweizer Architekten äusserte sich sinngemäss dahingehend, dass man mit Ausnahme der Heimatschutzkreise nicht zwingend am Gebäude hänge. Man sei sich bewusst, dass es sich um ein Provisorium handle. Der Bund Schweizer Architekten kommt in seinem offenen Brief vom 15. Februar 2018 an den Stadtrat zu einem eindeutigen Schluss: «Ein architektonisches Volumen auf dem Papierwerd-Areal stellt aus städtebaulicher Sicht sowohl für den Bahnhofplatz wie auch für den Flussraum einen Gewinn dar». Damit wird die Platzvariante obsolet. Einwände kommen von nahestehenden des Heimatschutzes. Die Denkmalpflegekommission der Stadt Zürich kommt zu folgenden Ergebnissen: «Als Zeuge des gesellschaftlichen Aufbruchs der 1960er-Jahre und als hybrides Bauwerk, das an prominenter Lage ein bedeutende städtebauliche Scharnier- und Gelenkfunktion hat und dem provisorischen Charakter in der Formensprache der Nachkriegsmoderne demonstrativ zum Ausdruck bringt, ist das Globusprovisorium im Sinne von Paragraph 203 Absatz 1 [...] als einzigartiges Schutzobjekt von hoher architektonischer Güte einzustufen». Diese Beschreibung trifft jedoch auf sehr viele Gebäude aus dieser Zeit an guter Lage zu. Ich möchte mit diesen Ausführungen aber in keiner Art und Weise, die damals zweifellos hochwertige Arbeit des Architekten Karl Egender abwerten. Es handelt sich bei seinem Globus-Provisorium für die damalige Zeit und den damaligen Zweck zweifellos um ein gelungenes Projekt. Die Zeiten haben sich aber geändert und auch der Zweck ist nicht mehr gegeben. Das Gebäude steht heute als Zeitkapsel völlig fremd im Raum. Die Qualität der Architektur erschliesst sich einem fachlich nicht versierten Betrachter nicht. Im Gegenteil; bei schlechtem Wetter wirkt der Bau hässlich und wertet den Standort ab. Wenn man die Sachverhalte sorgfältig abwägt, kommt man zwangsläufig zum Schluss, dass die Forderung einer weiteren Auslegeordnung eine reine Zeit- und Geldverschwendung ist. Wenn Sie einen echten Mehrwert für die Betroffenen an dieser Lage schaffen wollen, sollten wir einen geeigneten Ersatz finden und auf eine weitere Auslegeordnung verzichten.

Kommissionsminderheit 2 Rückweisungsanträge 1–2:

Andreas Egli (FDP): *Wir sind der Meinung, dass es die Aufgabe der Politik und Verwaltung ist, eine clevere, sinnvolle, vernünftige und wünschenswerte Nutzung für den Platz zu finden. Bis jetzt zeigte sich, dass die Politik eine solche Lösung aber noch nicht gefunden hat. Wir haben keine Idee, was auf dem Platz tatsächlich gebaut werden könnte. Es gibt auf dem Platz ein ausgewiesenes Bedürfnis nach einem Detailhändler mit einem möglichst grossen Sortiment – dieses existiert im Moment. Eine informelle Umfrage der Bewohner im Quartier Kreis 1 zeigte, dass sie mit dem Detailhändler im Papierwerd-Areal glücklich sind, sich am grossen Sortiment erfreuen und wünschen, dass dieses erhalten bleibt. Sämtliche Neunutzungen, die hier ins Spiel gebracht werden, gehen an den Interessen des Kreis 1 vorbei. Es gibt ausgesprochen viele Nutzer des Coops, da er zentral liegt, ein grosses Sortiment anbietet und lange Öffnungszeiten hat. Die einen wollen das Gebäude abreißen, weil sie es so hässlich finden, andere finden das Gebäude hingegen wertvoll. Es wird einen endlosen Streit geben, ob man für ein neues Gebäude in ähnlicher Grösse im Rahmen der Interessenabwägung Heimatschutz ge-*

genüber einem Neubau überhaupt eine Bewilligung bekommt. Ob sich ein ein- oder zweistöckiger Neubau an dieser Lage durch Mietzinsen amortisieren wird, ist zudem fraglich. Es scheint uns wenig sinnvoll, das Gebäude einfach abzureissen und einen neuen Coop zu bauen. Es ist nachvollziehbar, dass man als Besitzer eines Grundstücks einen Architekten fragt, was man überhaupt auf dem Grundstück bauen könnte. Man muss sich aber bewusst sein, dass im Zusammenhang mit diesem Grundstück im Moment grössere Diskussionen über die verkehrliche Erschliessung des Hauptbahnhofs ans Unigebiet stattfinden. Es ist bereits jetzt sicher, dass wir auch im laufenden Jahr nicht wissen werden, wie wir das Grundstück sinnvoll bebauen und die verkehrliche Anbindung im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts des Hauptbahnhofs berücksichtigen können. Es ist auch noch nicht klar, ob wir vom Kanton weiterhin die Konzession erhalten, direkt an der Limmat zu bauen, solange wir kein konkretes Projekt vorzeigen können. Es fehlt im Moment eine Idee und auch wenn wir das Projekt ein Jahr in die Verwaltung geben, wird sich an diesem Zustand nichts ändern. Der Platz, so wie vorgeschlagen, findet keine Mehrheit. Lassen Sie das Projekt ruhen und warten wir auf eine gute Idee, die das Projekt realisierbar werden lässt.

Weitere Wortmeldungen:

Res Marti (Grüne): Die Fraktion der Grünen ist der Meinung, dass es an dieser zentralen Lage keinen weiteren Platz braucht und man diesen nicht einfach am Volk vorbei bauen kann. Zuerst muss eine gesamtgesellschaftliche Diskussion, was man an dieser Stelle überhaupt will, geführt und eine Form von minimalem Konsens gefunden werden. Ein Projekt in die Volksabstimmung zu schicken, um es dort zu versenken, ist aus unserer Sicht nicht zielführend. Es ist schwierig, herauszufinden, was man an diesem Ort realisieren soll, weil es viele verschiedene Bedürfnisse gibt. Für mich persönlich ist ein Grundversorger durchaus ein wichtiges Anliegen, es braucht aber zuerst auch von allen anderen einen minimalen Konsens. Es ist durchaus Aufgabe der Politik, hier eine Lösung zu finden, aber die Politik umfasst nicht nur diesen Saal und die Verwaltung, sondern auch die ganze Bevölkerung.

Sven Sobernheim (GLP): Es ist vielleicht nicht ganz klar, weshalb die GLP, die den Platz in der Motion wollte, nun plötzlich den Rückweisungsantrag unterstützt und nichts mehr vom Platz hält. Guido Trevisan (GLP) sagte damals deutlich, dass es uns vor allem um die Diskussion geht, welche Nutzung entstehen soll. Auch wenn der Ist-Zustand in Ordnung ist, sind wir der Überzeugung, dass der Standort grosses Potential hat. In der Rückweisung wird nicht ausgeschlossen, dass wieder ein Detailhändler entstehen kann. Es braucht aber eine Auslegeordnung und eine Debatte. Gleichzeitig findet die Gesamtplanung um den Hauptbahnhof statt. Darin kommt das Parkhaus des Papierwerd-Areals nicht vor. Ein Jahr vor der Weisung zum Papierwerd-Areal behandelten wir die Weisung über den gesamten Verkehr um den Hauptbahnhof. Auch darin kam das Parkhaus nicht vor und auch in der öffentlichen Auflage des kommunalen Richtplans kommt das Parkhaus nicht vor. Offenbar gehen solche Sachen, obwohl sie im selben Departement behandelt werden, verloren. Ich bin überzeugt, dass wir mit der Rückweisung das Globus-Provisorium in die Gesamtplanung miteinbeziehen müssen. Ich denke auch, dass die Debatte mit der Öffentlichkeit uns viel Zeit kosten und viele Widersprü-

che aufzeigen wird. Es kann uns aber vielleicht auch eine zukunftssträchtige Lösung bringen, die wir auf dem Areal umsetzen können.

Simone Brander (SP): Da die SP in ihrer Textänderung den Platz streichen wollte, irritiert es mich, dass der Stadtrat genau die Platzvariante vorlegt. Ich kann nur wiederholen, was ich am 4. November 2015 bei der Diskussion zur Fristverlängerung bereits sagte: «Es handelt sich um einen wichtigen Platz, dessen Neugestaltung man sich gründlich überlegen muss». Wir sind heute wieder gleich weit und möchten eine gründliche Überlegung vom Stadtrat. Ich finde es schade, dass man in den letzten Jahren noch nicht weitergekommen ist und dass man die Variante mit dem Platz plant, obwohl der Gemeinderat diesen gestrichen hat. Bei der Nachfrage in der Kommission, warum der Stadtrat von dieser Variante so überzeugt ist, hiess es, der Gemeinderat wolle einen solchen Platz. Wir wollten aber von Anfang an eine umfassende Auslegeordnung. Interessant waren die verschiedenen Varianten, die uns das Amt für Städtebau aufzeigte. Es gibt durchaus Potential, sich mehr Gedanken zu machen. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass man die Menschen, die das Areal heute nutzen, bei der Weiterentwicklung einbezieht. Speziell interessant finde ich die Möglichkeit kurzfristiger Lösungen, die der Forderung nach der Zugänglichkeit des Areals – wie ein Zutritt zum Dach – nachkommen könnten. Ich hoffe deshalb, dass wir diese Diskussion etwas effizienter und konstruktiver zwischen Stadtrat und Gemeinderat weiterführen werden. Wir sehen hier, dass es sich lohnt, bei Textänderungen und Fristverlängerungen genau hinzusehen. Ich hoffe, dass wir an diesem wichtigen Ort für Zürich die Diskussion, was wir hier zukünftig möchten, gemeinsam führen können.

Ernst Danner (EVP): Die Idee eines Parks fanden wir ursprünglich als typisch zürcherisch minimalistische Lösung lustig; man hat tausend Gestaltungsideen, da aber keine davon überzeugend ist, baut man einfach einen Platz mit ein paar Bänkchen. Die motivierte Rückweisung der Mehrheit finden wir grundsätzlich nicht abwegig, aber wir sehen die durchschlagende Idee dahinter nicht. Wir bezweifeln stark, dass man innerhalb eines Jahres nun plötzlich die Erleuchtung haben wird und plötzlich wissen wird, wie man das Areal nutzen könnte. Wir haben mit dem Carparkplatz, der Kasernenwiese und dem Papierwerd-Areal drei schöne Objekte, bei denen wir, ausser bei der Kasernenwiese, nicht wissen, was wir damit machen sollen. Auf der anderen Seite gibt es das Projekt Kongresshaus, das wir alle für nötig halten, aber keinen Ort für die Realisation finden. In dieser Situation stellt für uns die Zurückweisung der FDP die beste Lösung dar. Wenn wir das Projekt ohne Anträge zurückweisen, muss der Stadtrat das Gebäude sanieren, die Nutzung optimieren und die dann neu aufkommenden Ideen umsetzen.

Felix Stocker (SP): Der Grossverteiler auf dem Papierwerk-Areal ist für die Altstadtbewohnerinnen und -bewohner, die Pendler und Pendlerinnen und für alle Menschen, die in der Stadt unterwegs sind, enorm gut. Es ist kein Zufall, dass sich dieser Grossverteiler über eine so lange Zeit an diesem Standort bewährte. Er ist für diesen zentralen Ort eine sehr gute Lösung und alle profitieren davon. Es ist inakzeptabel, dass sich der damalige Tiefbauvorsteher im Vorhinein auf die Parklösung festlegte, obwohl der Gemeinderat diese explizit gestrichen hatte. Wir müssen die Weisung deshalb unabhängig davon, was mit dem Gebäude passieren wird, zurückweisen.

Simone Brander (SP): Im Namen der Mehrheit und zuhänden der Materialien der Beratung möchte ich klarstellen, dass es in unserer motivierten Rückweisung heisst, dass der Stadtrat in zwölf Monaten eine neue Weisung für die Erarbeitung eines umfassenden Berichts vorlegen soll. Das bedeutet nicht, dass wir in zwölf Monaten eine geniale Idee erwarten, sondern dass der Stadtrat in zwölf Monaten mindestens aufzeigen soll, wie er die Auslegeordnung machen möchte.

Sven Sobernheim (GLP): Zu Ernst Danner (EVP): Wir werden ein Kongresshaus bekommen, das fast alle in diesem Saal auch unterstützt haben.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Es gibt wahrscheinlich kaum ein Areal in der Stadt, das dermassen viele Fantasien weckt wie das Papierwerd-Areal. In den über 50 Jahren seit dem Provisorium gab es schon hundert Ideen, wie man das Areal nutzen könnte. Bis jetzt gab es aber noch keine, die besser als die jetzige Lösung war. Alleine die Tatsache, dass das Provisorium trotz aller Vorstösse, Petitionen, Initiativen und Ideen immer noch steht, zeigt, dass diese Lösung nicht ganz schlecht sein kann. Sie wünschen sich jetzt neue Lösungen. Das Problem scheint mir aber unklar. Sie wollen etwas Neues, ohne genau zu wissen, was das sein könnte. Deshalb bitten Sie jetzt den Stadtrat und die Verwaltung, Ihnen Ideen zu liefern. Die von uns vorgestellte Idee erlitt aber Schiffbruch und ich befürchte, dass dies bei den nächsten von uns präsentierten Ideen gleich sein wird. Ich glaube, wenn man an diesem zentralen und sensiblen Ort etwas ändern möchte, muss das aus der Öffentlichkeit entstehen und über die Jahre entwickelt werden. Ich glaube nicht, dass man mit der hier geführten Diskussion und den Stakeholder-Gesprächen zu einer Lösung kommt. Wenn wir hier diskutieren, bleibt es ein Top-Down-Approach. Wenn Sie die Nutzenden miteinbeziehen wollen, müssen Sie sich fragen, wer die Nutzenden sind. Neben den Quartierbewohnern sind das noch ganz viele Touristen und andere Personen. Sie möchten auch den aus Architekten, Urbanisten und Soziologen bestehenden Fachkreis und weitere Interessierte einbeziehen. Wenn Sie aber so vorgehen, wird der Prozess unkontrollierbar oder unendlich und viel Widerstand auslösen, weil die wirklich Betroffenen zu wenig repräsentiert werden. Der Stadtrat wird sich als Ganzes mit dem Thema beschäftigen. Ich fürchte, dass als beste Variante etwas Ähnliches wie das jetzige Globusprovisorium entstehen wird.

Markus Knauss (Grüne): STR Richard Wolff verbrachte Jahrzehnte mit partizipativen Prozessen. Selbst die SBB in der Neugasse und der Kanton beim Kasernenareal führten einen partizipativen Prozess durch. Ich verstehe deshalb nicht, warum das hier nicht möglich sein sollte. Es gibt viele gute Ideen und ich hoffe, wir werden in nicht allzu ferner Zeit eine solche auf dem Tisch liegen haben.

Michael Schmid (FDP): Wir können uns dem Votum von STR Richard Wolff vorbehaltlos anschliessen.

7 / 8

Rückweisungsanträge 1–2

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Die Weisung 2018/47 wird an den Stadtrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, innert zwölf Monaten eine neue Weisung vorzulegen, für die Erarbeitung eines umfassenden Berichts mit einer Auslegeordnung über die möglichen und gewünschten Nutzungsvarianten an diesem Ort. Für diese Auslegeordnung sind das betroffene Quartier, die Nutzenden der heutigen Örtlichkeit, Fachkreise sowie weitere Interessierte zu involvieren.

Weiter soll als Übergangslösung auch aufgezeigt werden, wie sich kurzfristig die Nutzung für die Öffentlichkeit (z. B. Zugänglichkeit zum Dach und zur Limmat) verbessern lässt.

Die Minderheit 1 der SK SID/V beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Die Weisung 2018/47 soll an den Stadtrat zurückgewiesen werden mit dem Auftrag, innert zwölf Monaten eine neue Weisung vorzulegen, für die Erarbeitung eines Neubauprojekts anstelle der bestehenden Provisoriumsbaute. Das Neubauprojekt soll mindestens auf der ganzen Erdgeschossfläche Verkaufsflächen für einen Einzelhandels-Grossverteiler aufweisen.

Die Minderheit 2 der SK SID/V beantragt Ablehnung der Rückweisungsanträge.

Mehrheit: Marianne Aubert (SP) i. V. von Simone Brander (SP), Referentin; Vizepräsident Pascal Lamprecht (SP), Sarah Breitenstein (SP), Heidi Egger (SP), Niyazi Erdem (SP) i. V. von Hans Jörg Käppeli (SP), Eduard Guggenheim (AL), Markus Knauss (Grüne), Res Marti (Grüne), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit 1: Christoph Marty (SVP), Referent; Präsident Stephan Iten (SVP)
Minderheit 2: Andreas Egli (FDP), Referent; Pablo Büniger (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	77 Stimmen
Antrag Minderheit 1	16 Stimmen
Antrag Minderheit 2	<u>23 Stimmen</u>
Total	116 Stimmen
= absolutes Mehr	59 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

8 / 8

Damit ist beschlossen:

Die Weisung 2018/47 wird an den Stadtrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, innert zwölf Monaten eine neue Weisung vorzulegen, für die Erarbeitung eines umfassenden Berichts mit einer Auslegeordnung über die möglichen und gewünschten Nutzungsvarianten an diesem Ort. Für diese Auslegeordnung sind das betroffene Quartier, die Nutzenden der heutigen Örtlichkeit, Fachkreise sowie weitere Interessierte zu involvieren.

Weiter soll als Übergangslösung auch aufgezeigt werden, wie sich kurzfristig die Nutzung für die Öffentlichkeit (z. B. Zugänglichkeit zum Dach und zur Limmat) verbessern lässt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat